

# Antragsbereich B: Kampf gegen Bildungsgebühren

Antrag B2\_18/1

---

1 **Antragssteller\*in:** Landeskoordination Baden-Württemberg

2 Das Bundeskoordinierungstreffen der Juso-Hochschulgruppen möge beschließen:

3

## 4 **B2\_18/1 #stillnotlovingstudiengebühren! Ein** 5 **Jahr Bildungsmaut - ein Jahr** 6 **bildungspolitische Katastrophe**

7 Trotz heftigen Widerstands wurde am 03.05.2017 durch den grün-schwarzen Beschluss im  
8 Landtag von Baden-Württemberg die Einführung von Studiengebühren entschieden. Seit dem  
9 Wintersemester 2017/18 zahlen Nicht-EU-Ausländer\*innen 1.500 Euro im Semester, die Kosten  
10 für das Zweitstudium belaufen sich auf 650 Euro pro Semester. Von den Einnahmen sehen die  
11 Hochschulen und Universitäten fast nichts. Die Einführung könnte ein Einfallstor für die  
12 Einführung von allgemeinen Studiengebühren darstellen.

### 13 **Hochschulen müssen eintreiben, dürfen aber nichts behalten**

14 Die Finanzierung der Mittel für Lehre, Forschung und Infrastruktur ist ein Dauerbrenner. Nicht  
15 zuletzt deshalb sahen Befürworter\*innen in den Studiengebühren eine Lösung der nachhaltigen  
16 Finanzierung für Hochschulen und Universitäten. Diesen kommen jedoch lediglich 20 Prozent der  
17 Einnahmen durch die Studiengebühren zugute. Die übrigen 80 Prozent dienen als angeblich  
18 alternativloser Beitrag zur „schwarzen Null“. Durch die neoliberale Hochschulpolitik der  
19 Landesregierung werden Studierende dadurch nicht nur zur Kasse gebeten, um zur  
20 Konsolidierung des Haushalts zu dienen. Ganz deutlich findet hier eine absolute  
21 Zweckentfremdung der Zugangsgebühren statt.

22 Das strukturelle Problem der Unterfinanzierung von Hochschulen kann durch die  
23 Gebühreneinnahmen von 300 Euro pro Studierende\*r nicht gelöst werden. Vielmehr bewirkt der  
24 Rückgang von über einem Fünftel der internationalen Studierenden und über einem Drittel von  
25 Studierenden im Zweitstudium einen zusätzlichen Nachteil der Hochschulen. Durch den Rückgang  
26 kommt es zu einer Minderung der Zuweisung aus den Mitteln des Hochschulpakts und der  
27 Nachfolge der Qualitätssicherungsmittel des Landes. Nicht grundlos wartet die schwarz-gelbe  
28 Landesregierung in Nordrhein-Westfalen daher auf weiterführende Statistiken aus Baden-  
29 Württemberg. Bereits nach einem Jahr zeichnet sich ab, dass die Mehreinnahmen die  
30 Verwaltungskosten der Hochschulen nicht decken können. Verfahren zum Erlass von  
31 Gebührenbescheiden, zur Befreiung beziehungsweise zum Erlass von Gebühren, Kontrolle von  
32 Zahlungseingängen, dauerhafte Beratung in Gebührenangelegenheiten und zusätzlicher  
33 Verwaltungsaufwand bei Widersprüchen und Klagen stehen einem haushaltsneutralen Ausgleich  
34 entgegen. Die Hochschulen zahlen dabei oft deutlich mehr als sie behalten dürfen. Das  
35 Argument, die Studiengebühren könnten zur Stärkung der Hochschulfinanzen beitragen, wird  
36 dadurch ad absurdum geführt.

### 37 **Solidarität statt Spaltung**

38 Die AfD wird in Baden-Württemberg drittstärkste Kraft, in der ganzen BRD und in Europa wird  
39 Nationalismus und Rassismus wieder offen zur Schau gestellt und ausgelebt und Ausgrenzung  
40 findet ihren Weg immer öfter in die Gesellschaft. Gerade in Anbetracht dieser Zeiten sind

41 Studiengebühren, die Menschen aufgrund ihrer Staatsangehörigkeit diskriminieren, umso  
42 verwerflicher. Statt Vielfalt als etwas Wertvolles zu betrachten wird auf populistischen Unsinn  
43 gesetzt, der Menschen gegeneinander ausspielt und damit eine Spaltung der Gesellschaft  
44 vorantreibt. Eine internationale Perspektive ist insbesondere in Studiengängen, wie  
45 verschiedenen Sprachwissenschaften, Geographie, Politikwissenschaften, Soziologie, etc. von  
46 großer Bedeutung. Nicht nur die allgemeine Qualität des Lernens leidet unter dem Rückgang von  
47 ausländischen Studierenden, der Hochschulstandort Baden-Württemberg verliert dadurch  
48 insgesamt an Attraktivität.

49 Die Gebühren verschärfen soziale Ungleichheiten und schaffen weitere Hürden beim Zugang zu  
50 Bildung im globalen Kontext. Zu den ohnehin schon hohen Lebenshaltungskosten und finanziellen  
51 Anforderungen aufgrund von Visabestimmungen kommen nun weitere 3000 Euro im Jahr, die oft  
52 ohne zusätzliche Kreditaufnahme nicht zu stemmen sind. Dies führt dazu, dass noch weniger  
53 Menschen aus benachteiligten Schichten die Möglichkeit eines Studiums in Deutschland haben  
54 und die Universität mehr und mehr zur Eliteveranstaltung wird. Umso deutlicher wird dies bei  
55 der Betrachtung der vereinzelt Ausnahmeregelungen, durch die höchstens 5 Prozent der  
56 internationalen Studienanfänger\*innen aufgrund von besonderer Begabung von den Gebühren  
57 ganz oder teilweise befreit werden können. Die Gebühren sind somit nicht nur sozial  
58 unverträglich und stehen im Widerspruch zur allseits begrüßten Internationalisierung der  
59 Wissenschaft, sondern verstoßen auch gegen elementare Persönlichkeitsrechte aus Art. 2 Abs. 1  
60 i.V.m. Art. 1 Abs. 1 Grundgesetz und den UN-Sozialpakt. Für die Bildung ist die Internationalität  
61 in Lehre und Forschung jedoch Grundstein für ein kritisches und reflektiertes Denken. Zudem  
62 arbeiten viel Nicht-EU-Bürger\*innen nach dem Studium in der BRD und verhelfen den  
63 Sozialkassen so schnell zu Millionen-Einnahmen.

#### 64 **Studium als lebenslanges Lernen**

65 Die Einführung von Gebühren für ein Zweitstudium zeigt klar, dass die Grün-Schwarze  
66 Landesregierung das Studium einzig und allein als einmaligen Erwerb einer Berufsqualifikation  
67 sieht. Tatsächlich gibt es viele Gründe für ein Zweitstudium. Die rasanten Veränderungen auf  
68 dem Arbeitsmarkt macht ein Zweitstudium oft zur Voraussetzung, um überhaupt einen Job zu  
69 bekommen. Dieses wird somit zur wirtschaftlichen Notwendigkeit und darf gerade deshalb nicht  
70 vom Geldbeutel abhängen. Dies gilt insbesondere, da im Landeshochschulgebührengesetz Baden-  
71 Württemberg (LHGebG) hierfür keine Ausnahmeregelungen vorgesehen sind.

#### 72 **Unsere Ziele: freie Bildung für Alle!**

73 Bildung ist keine Ware. Bildung ist ein Menschenrecht, das jedem\*jeder öffentlich zugänglich sein  
74 muss, unabhängig von Geldbeutel oder Staatsbürger\*innenschaft. Deshalb braucht es eine  
75 ausreichende öffentliche Hochschulfinanzierung, die nicht auf dem Rücken von Studierenden  
76 ausgetragen wird, sozial selektiv oder diskriminierend ist. Wir fordern daher die Abschaffung der  
77 Studiengebühren für Nicht-EU-Ausländer\*innen und das Zweitstudium in Baden-Württemberg.  
78 Damit verbunden ist der Kampf für die Ausfinanzierung der Hochschulen, der Kampf gegen die  
79 Sparpolitik und damit der Kampf gegen die Schuldenbremse. Wir positionieren uns gegen jegliche  
80 Art von Studiengebühren in jedem Bundesland. Baden-Württemberg darf nicht als „Vorbild“ für  
81 Nordrhein-Westfalen oder andere Bundesländer für die Einführung von Gebühren an den  
82 Hochschulen und Universitäten sein. Sozial verträglich ist nur die Abschaffung aller  
83 Studiengebühren!